

1643 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. März 1977
betreffend ein Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages
zum Zinsensubventionskonto des Internationalen Währungsfonds

Der Internationale Währungsfonds hat im Jahre 1974 die Erd-
ölfazilität geschaffen, welche jenen Mitgliedsstaaten Finanzierungen
ermöglicht, die durch Preiserhöhungen von Erdöl in Zahlungs-
bilanzschwierigkeiten geraten sind. Am 1. August 1975 hat das
Direktorium des Internationalen Währungsfonds beschlossen, ein
Zinsensubventionskonto ins Leben zu rufen, das aus nichtrück-
zahlbaren Beiträgen der erdölproduzierenden Länder und der
Industriestaaten gespeist wird. Durch den vorliegenden Gesetzes-
beschluß des Nationalrates soll nun der Bundesminister für
Finanzen ermächtigt werden, einen Betrag in Schilling im Gegen-
wert von 2,3 Millionen Sonderziehungsrechten an dieses Zinsen-
subventionskonto zu leisten. Im Bundesvoranschlag für das
Jahr 1977 ist zu diesem Zweck ein Ansatz von 50 Millionen Schilling
bereits vorgesehen.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 29. März 1977 in Verhandlung genommen und einstimmig
beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu
erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. März 1977
betreffend ein Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zum
Zinsensubventionskonto des Internationalen Währungsfonds, wird
kein Einspruch erhoben.

Wien, 1977 03 29

C z e t t e l
Berichterstatter

S e i d l
Obmann